



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde
am 12.04.2018, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 34. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 08.03.2018
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
 - 10.1. **Vorlage:** BV/0621/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 40 – Amt für Bildung, Jugend
und Sport
 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Benutzung der Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft (KitaGebS)

- 10.2. **Vorlage:** BV/0647/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 20 - Kämmerei
Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten für die Jahresrechnung 2015
- 10.3. **Vorlage:** BV/0645/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 20 - Kämmerei
Jahresabschluss der Stadt Eberswalde zum 31.12.2015
- 10.4. **Vorlage:** BV/0656/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion DIE SPD-Fraktion
Fraktion DIE LINKE
Schaffung eines kommunalen Konzepts für Sicherheit und Ordnung
- 10.5. **Vorlage:** BV/0676/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion CDU-Fraktion
Errichtung eines Parkhauses am Bahnhof der Stadt Eberswalde
- 10.6. **Vorlage:** BV/0677/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion FDP-Fraktion
Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Jur, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:15 Uhr.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Jur stellt fest,

- form- und fristgerecht geladen
- 9 Mitglieder anwesend (**Anlage 1**)
- Wirtschafts- und Finanzausschuss beschlussfähig
- keine Einwendungen

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 34. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 08.03.2018

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Vor Sitzungsbeginn wurde die Anfrage AF/0110/2018 zur Beschlussvorlage BV/0621/2018 „2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Benutzung der Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft (KitaGebS)“ verteilt und ist somit Bestandteil der Tagesordnung, **(Anlage 2)**.

Der Tagesordnungspunkt 10.3 Beschlussvorlage BV/0645/2018 „Jahresabschluss der Stadt Eberswalde zum 31.12.2015“ ist vor dem TOP 10.2 zu behandeln.

Die Beschlussvorlage BV/0676/2018 wird von der heutigen Tagesordnung, TOP 10.5, genommen, folglich wird auch der vor Sitzungsbeginn verteilte Änderungsantrag der DIE SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage **(Anlage 3)** nicht behandelt.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung: einstimmig beschlossen

Herr Jede nimmt ab 18:17 Uhr an der Ausschusssitzung teil **(9 Mitglieder und 1 zusätzliches Mitglied mit aktivem Teilnahmerecht anwesend)**.

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Es gibt keine Informationen des Vorsitzenden.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

Herr Siebert teilt mit, dass die Übersicht zu den Haushaltsdaten „Plan“ / vorläufiges „Ist“ per 31.03.2018 **(Anlage 4)** vor Sitzungsbeginn verteilt wurden.

Herr Siebert informiert kurz zum Eberswalder Bürgerbudget 2019, dass die Homepage aktualisiert ist und derzeit 31 Vorschläge eingegangen sind.

Herr Pozdorecz informiert, dass die Sachbearbeiterstelle „Tourismusförderung“ ab 01.04.2018 besetzt ist.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

TOP 9.1

Anfrage: AF/0110/2018 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Herr Thörmer

***Anfrage zur BV/0621/2018 "2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Benutzung der Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft (KitaGebS)"**

Die Anfrage AF/0110/2018 wurde vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder verteilt (**Anlage 2**). Die Beantwortung erfolgt unter Tagesordnungspunkt 10.1 – Beschlussvorlage BV/0621/2018 „2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Benutzung der Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft (KitaGebS).

9. 2 Herr Zinn:

- bezieht sich auf den am 09.04.2018 stattgefundenen Workshop zur Thematik Finowkanal; hofft auf eine zeitnahe Aufarbeitung der dortigen Erkenntnisse durch die Verwaltung und darauf, dass die Thematik auch in die einzelnen Fachausschüsse geholt wird
- bemängelt die öffentliche Bekanntmachung zur Landratswahl im aktuellen Amtsblatt, bittet um Beachtung der Barrierefreiheit

9.3 Herr Kurth:

- möchte noch einmal anregen, auf die am Eberswalder Bollwerk angebrachten Piktogramme eingehend, dass diese durch Hinweise wie Richtungspfeile und Entfernungsangaben ergänzt werden sollten

Herr Laffin nimmt an der Ausschusssitzung ab 18:28 Uhr teil (**10 Mitglieder und 1 zusätzliches Mitglied mit aktivem Teilnahmerecht anwesend**).

9.4 Herr Jede:

- fragt, inwieweit die Erweiterungspläne des Discounters Aldi in der Bergerstraße, eine Vergrößerung der Verkaufsfläche, das Amt für Wirtschaftsförderung bereits beschäftigt haben; ob es Bedenken hinsichtlich des Einzelhandelskonzept gibt

Herr Pozdorecz erklärt, dass das Einzelhandelzentrenkonzept gilt und Bauvorhaben jeweils im Einzelfall geprüft werden.

9.5 Herr Morgenroth:

- möchte darauf hinweisen, dass einige Grundstückseigentümer an ihre Straßenreinigungspflicht erinnert werden müssen, hebt die Karl-Liebknecht-Straße und besonders die Eisenbahnstraße in der Stadtmitte hervor

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1

Vorlage: BV/0621/2018 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 40 – Amt für Bildung, Jugend und Sport

2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Benutzung der Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft (KitaGebS)

Herr Prof. Dr. König erläutert unter Hinzuziehung einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 5**) die vorliegende Beschlussvorlage und beantwortet die Anfrage von Herrn Thörmer AF/0110/2018. Die Verwaltung möchte den Ausschussmitgliedern mit der 1. Lesung genügend Zeit geben, um sich mit der Gebührenerhöhung auseinanderzusetzen. Der klare Auftrag an die Verwaltung, die Kitagebührensatzung zu überarbeiten und noch familienfreundlicher zu gestalten, ist aufgenommen und wurde bereits im Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport am 11.04.2018 ausgiebig diskutiert. Herr Prof. Dr. König geht auf die dortigen Diskussionsvorschläge ein, erläutert, welche Auswirkungen diese haben bzw. wie einzelne Zahlen in der Satzung zustande kommen.

Herr Zinn möchte wissen, ob mit dem Landkreis Barnim Einvernehmen zur vorliegenden Satzung hergestellt worden ist und ob nach einfließenden Änderungen erneut das Einvernehmen eingeholt werden muss.

Herr Prof. Dr. König bestätigt, dass die Einvernehmensklärung mit dem Landkreis Barnim vorliegt, dass der Landkreis Barnim die Satzung für sozialverträglich erklärt und nur einen Hinweis gegeben hat: ein Teil von § 4 - Essengeld - muss angepasst werden und bei der nächsten Überarbeitung sind die entsprechenden Passagen zu streichen.

Im nächsten Sozialausschuss wird Herr Prof. Dr. König die Auswirkungen auf die Satzung darlegen und die Diskussion wird zeigen, welche davon annehmbar sind. Es muss dann erneut ein Einvernehmen mit dem Landkreis Barnim hergestellt werden.

TOP 10.3

Vorlage: BV/0645/2018 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 20 - Kämmerei

Jahresabschluss der Stadt Eberswalde zum 31.12.2015

Herr Jede gibt zu Protokoll, dass er den Beschlussvorlagen „Jahresabschluss 2015“ und „Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten“ zustimmen würde, wenn er ein Stimmrecht hätte.

Herr Kurth erkundigt sich, wann der Jahresabschluss 2016 vorliegen wird.

Herr Siebert kann keinen Zeitpunkt für die Vorlage des Jahresabschlusses 2016 benennen.

Herr Zinn schlägt vor, dass nach der Sommerpause im September alle Fraktionsvorsitzenden und vielleicht auch die Ausschussvorsitzenden mit dem Bürgermeister zur Haushaltsplanung 2019 an einen Tisch zusammen kommen, um über die Wünsche und über das, was sich die Stadt Eberswalde leisten kann, zu diskutieren.

Herr Jauer äußert die Bitte zu prüfen, ob umfangreiche Unterlagen, wie z. B. der Jahresabschluss nicht mehr per Post versandt werden. Die Unterlagen passen nicht in den Postkasten und müssen vom Postzusteller abgeholt werden, was sich schlecht mit seiner Arbeitszeit vereinbaren lässt.

Herr Jauer fragt, ob es möglich wäre, die Unterlagen am Sitzungsort zu hinterlegen.

Die Verwaltung wird den Vorschlag mitnehmen.

Herr Kurth möchte spätestens bis zur nächsten Ausschusssitzung vom Bürgermeister bzw. von seiner Vertreterin bzw. seinem Vertreter eine Aussage erhalten, wann der Jahresabschluss 2016 vorliegen wird.

Herr Siebert erklärt noch einmal, dass er dem Bürgermeister zum jetzigen Zeitpunkt zur Vorlage des Jahresabschlusses 2016 keinen endgültigen Termin benennen kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Der geprüfte Jahresabschluss der Stadt Eberswalde per 31.12.2015 wird beschlossen.

TOP 10.4

Vorlage: BV/0656/2018 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion DIE SPD-Fraktion
Fraktion DIE LINKE

Schaffung eines kommunalen Konzepts für Sicherheit und Ordnung

Herr Jur teilt mit, dass vor Beginn der Sitzung der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage BV/0656/2018 verteilt wurde (**Anlage 6**).

Zum Änderungsantrag führt Herr Jur aus, dass nach wie vor die Sicherheit vordergründiges Thema vieler Bürgerinnen und Bürger ist. Weiterhin sagt er, dass die Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Bürgerinnen und Bürger auch Aufgabe der Politik ist.

Herr Zinn informiert, dass er im Namen seiner Fraktion der Beschlussvorlage und dem Änderungsantrag nicht zustimmen wird. Herr Zinn ist der Meinung, dass erst eine Analyse der kreislichen Kriminalitätsstatistik 2017 Auskunft darüber geben kann, wie dringlich Handlungsbedarf besteht. Weiterhin sind Fragen der Verantwortlichkeiten von Polizei und Ordnungsamt zu beantworten, um dann zu klären, wie gemeinsam gehandelt werden kann und er erwartet von der Verwaltung, dass diese die Schwerpunkte aufzeigt. Herr Zinn zieht Präventionsmaßnahmen einem privaten Sicherheitsdienst vor. Er weist darauf hin, dass nicht nur Konzepte für die Integration von Geflüchteten, sondern auch für die sozial benachteiligten Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde wichtig wären.

Herr Kurth informiert, auf die Kriminalitätsstatistik 2017 eingehend, dass in der 17. Kalenderwoche die Ergebnisse der Kriminalitätsentwicklung im Rahmen der Barnimer Sicherheitskonferenz vorgestellt werden. Er sagt weiterhin, dass die dann vorliegenden Zahlen Grundlage für die Erarbeitung eines übergreifenden Gesamtkonzeptes sind.

Herr Morgenroth kann dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen und plädiert dafür, dass Gesamtkonzept abzuwarten.

Herr Passoke unterstreicht das Ansinnen der Einreicher der Beschlussvorlage BV/0656/2018, erst einmal ein gesamtübergreifendes Sicherheitskonzept zu erarbeiten, die Einarbeitung zusätzlicher Anträge wäre zum jetzigen Zeitpunkt zu früh.

Herr Passoke bittet um Zustimmung zur Beschlussvorlage und gleichzeitig bittet er darum, den Änderungsantrag abzulehnen.

Herr Trieloff möchte, dass die Debatte zum Änderungsantrag jetzt beendet wird.

Herr Jede gibt zu Protokoll, dass er dem Änderungsantrag nicht zustimmen würde, wenn er ein Stimmrecht hätte.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag: mehrheitlich abgelehnt

Herr Kurth, als Miteinreicher der Beschlussvorlage, geht kurz auf das Ordnungsbehördengesetz des Landes Brandenburg ein, welches die Aufgaben für örtliche Ordnungsbehörden, die Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren, benennt. Die örtlichen Ordnungsbehörden erfüllen die Aufgaben und erhalten Vollzugshilfe durch die Polizei. Herr Kurth hebt hervor, dass somit zunächst die örtlichen Ordnungsbehörden für Ordnung und Sicherheit zuständig sind. Er ist sich bewusst, dass den Behörden ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen müssen, um den Anforderungen gerecht zu werden. Herr Kurth unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit des Zusammenspiels aller Beteiligten und die Erstellung eines Gesamtkonzeptes, um dem Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.

Frau Stibane bestätigt die Ausführungen von Herrn Kurth und sagt, dass die Polizei anderen Behörden Vollzugshilfe leistet, wenn nicht über erforderliche Dienstkräfte verfügt wird, wenn Maßnahmen nicht auf andere Weise selbst durchgesetzt werden können bzw. wenn die Behörde nicht erreichbar ist. Natürlich müssen alle betroffenen öffentlichen Einrichtungen über die notwendigen Kapazitäten verfügen. Frau Stibane teilt mit, dass die Verwaltung mit Blick auf die Formulierungen wie Kriminalitätsbekämpfung, Kriminalitätsprävention prüfen lässt, auf welche Beschlusspunkte sich verständigt werden kann, um dem Anliegen der Einreicher nachkommen zu können. Frau Stibane zeigt, ihre Ausführungen unterstützend, eine Powerpoint-Präsentation (**Anlage 7**).

Herr Zinn bittet die Verwaltung, ihm mitzuteilen, wer die drei zuständigen Ansprechpartner der Polizei für das Brandenburgische Viertel sind.

Frau Stibane sagt die Beantwortung zu.

Herr Jur teilt mit, dass die CDU-Fraktion ihren Änderungsantrag zum Hauptausschuss überarbeitet vorlegen wird. Der Beschlussvorlage wird er zustimmen.

Herr Trieloff richtet die Bitte an die Einreicher, die zeitlichen Vorgaben in der Beschlussvorlage zu überdenken und gegebenenfalls nach hinten zu verschieben.

Herr Passoke hält fest, dass auf vorhandene und geplante Maßnahmen und Pläne zur Thematik Sicherheit und Prävention zurückgegriffen werden soll. Er hält die Erledigung der genannten Aufgaben im vorgegebenen zeitlichen Rahmen für leistbar.

Herr Jede gibt zu Protokoll, dass er sich bei der Abstimmung zur Beschlussvorlage enthalten würde, wenn er ein Stimmrecht hätte.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Bürgermeister wird beauftragt:

1. Bis Ende Mai 2018 in der Stadtverordnetenversammlung vorhandene und bereits geplante Kriminalpräventionsmaßnahmen und Aktionspläne mit dem Thema Sicherheit und Prävention darzustellen und gegebenenfalls zu bewerten.
2. In diesem Rahmen ist zu prüfen, in welchem Ausmaß sich durch überschneidende Zuständigkeiten gemeinsame Aufgaben für die Polizei des Landes Brandenburg und des Ordnungsamtes der Stadt Eberswalde ergeben. Im Falle solcher Überschneidungen sollen die Bedingungen für eine Kooperationsvereinbarung im Rahmen einer Sicherheits- und Ordnungspartnerschaft zwischen der örtlichen Polizeidienststelle und der Stadt Eberswalde überprüft werden. Darüber hinaus soll der Personalbestand des Ordnungsamtes und des Dezernates I begutachtet und im Hinblick auf die möglichen neuen Aufgaben und Herausforderungen bewertet werden.
3. Darüber hinaus ist eine etwaige Kooperation mit anderen Gemeinden und Ämtern und deren Ordnungsämtern sowie dem Kreis Barnim in den Fragen der kommunalen Kriminalitätsprävention zu prüfen und eine Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung zu geben. Die Möglichkeit einer KAG für Kommunalsicherheit ist zu überprüfen und darüber in der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.
4. Bis Oktober 2018 ist ein übergreifendes Gesamtkonzept als kommunale Kriminalpräventionsinitiative in Zusammenarbeit mit Polizei, Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zu entwickeln. Vorhandene Aktionspläne und Kriminalpräventionsmaßnahmen sind in dieses Konzept einzuarbeiten und zu aktualisieren. Zur Präsentation dieses Konzepts wird ein eigener öffentlicher Workshop abgehalten.
5. Über die Umsetzung des Gesamtkonzeptes soll jährlich der Stadtverordnetenversammlung Bericht erstattet werden. Das Konzept soll ständig und konsequent weiterentwickelt werden. Kriminalprävention wird fortan als dauerhafter kommunaler Planungsgegenstand verstanden.

TOP 10.6

Vorlage: BV/0677/2018 **Einreicher/**

Zuständige Dienststelle: Fraktion FDP-Fraktion

Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes

Herr Trieloff erinnert, dass bei der letzten Erhöhung des Hebesatzes im Jahr 2011 eine Entlastung in Aussicht gestellt wurde, bei einer besseren Haushaltssituation. Diese ist nun mit der Aussage im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen am 08.03.2018, dass 2017 ca. 3 Mio. € Mehreinnahmen zu verzeichnen sind, eingetreten. Durch die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes würde auch eine Annäherung an die Hebesätze in den Nachbargemeinden erfolgen, was Eberswalde wiederum interessanter für neue Unternehmen machen würde.

Herr Pozdorecz erklärt, dass gerade mit den Steuereinnahmen die Standortentwicklung Eberswalde realisiert werden kann. Er sagt, rückblickend auf Gespräche in Unternehmen, dass die Gewerbesteuer nur am Rande ein Thema war.

Herr Siebert gibt mit einer PowerPoint-Präsentation einen Vergleich der Gewerbesteuerhebesätze in anderen brandenburgischen Städten zur Kenntnis (**Anlage 8**).

Herr Kurth erinnert an mögliche zukünftige Ausgaben, wie den städtischen Anteil an den Kitagebühren, worüber noch zu entscheiden sei.

Herr Jur informiert die Anwesenden, dass die CDU-Fraktion die Beschlussvorlage noch beraten wird und sich heute zur Abstimmung enthalten wird.

Herr Morgenroth teilt mit, dass die Bürgerfraktion der Beschlussvorlage zustimmen wird und möchte, dass über eine Annäherung an den Gewerbesteuerhebesatz der Stadt Oranienburg nachgedacht wird.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung nicht vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Hebesatz für die Gewerbesteuer mit Wirkung zum 01.01.2019 auf 350 v. H. festgesetzt wird.

Herr Jur beendet die öffentliche Sitzung um 21:00 Uhr.

J u r
Vorsitzender des Ausschusses
für Wirtschaft und Finanzen

Heilmann
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die Kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Monika Friedrich entschuldigt
- **Gäste**
Karen Oehler